

Mitreden ja, aber bitte nicht zu viel

Wie weit dürfen sich Studenten in die Hochschulbelange einmischen? Rektoren kritisieren Vorstellungen der Koalition

Studentische Mitbestimmung – das roch für Ministerpräsident Filbinger verdächtig nach Terrorismus. Deshalb schaffte er sie 1977 ab. Jetzt will die Landesregierung die Zügel wieder lockern. Doch über das Wie sind nicht nur Studenten enttäuscht, sondern auch die Rektoren.

VON ARNOLD RIEGER

STUTTGART. Die CDU-FDP-Koalition stößt mit ihren Vorstellungen für eine stärkere Mitsprache der Studierenden an Hochschulen auf erhebliche Vorbehalte der Universitäten. In einem Schreiben der Rektoren und Präsidenten an Wissenschaftsminister Peter Frankenberg heißt es, die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Mitbestimmung seien mit „wenigen Ausnahmen nicht durchführbar und zum Teil rechtlich bedenklich“.

Die Uni-Chefs beziehen sich dabei auf ein von den Regierungsfractionen verfasstes Memorandum, das seinerseits auf einem Pa-

pier des CDU-nahen Rings christlich-demokratischer Studenten und liberaler Hochschulgruppen aufbaut. Darin wird unter anderem die Einrichtung eines Studentenparlaments vorgeschlagen, das in den wesentlichen hochschulpolitischen Fragen mitredet und -entscheidet.

Dieses Organ soll nicht nur ein umfassendes Stimmungs- und Antragsrecht erhalten, sondern auch eine gewisse Finanzautonomie. Eine Beitragspflicht der Studierenden jedoch, also die uneingeschränkte Finanzhoheit, ist ebenso wenig vorgesehen wie eine eigene Rechtsfähigkeit. Ebendies fordert nicht nur die Landes-Asten-Konferenz, also das Organ der Studierendenvertretungen, sondern auch die Opposition.

SPD und Grüne wollen mit ihrem Gesetzesentwurf, der am Donnerstag abschließend vom Landtag beraten wird, den Studierenden nicht nur die Finanzautonomie, sondern auch ein allgemeines politisches Mandat geben: Eine Verfasste Studierendenschaft soll sich also zu allen politischen Fragen äußern können. Die Landesregierung

hingegen hält das jedoch „nicht für sachgerecht“, heißt es in dem Memorandum.

Ungeachtet dieser unterschiedlichen Auffassungen seien sich Landesregierung, Hochschulen und Studierende aber „darüber einig, dass sich die Mitbestimmung durch die in diesem Memorandum niedergelegten Maßnahmen deutlich verbessern“ lasse, lautet der Text weiter.

„Da werden gewachsene Strukturen kaputt gemacht“

Johannes Stober
SPD-Landtagsabgeordneter

Die Rektoren halten diesen Passus für „äußerst befremdlich“. Denn sie seien an der Ausarbeitung des Dokuments gar nicht beteiligt gewesen. Ihre Kritik entzündet sich vor allem an der geplanten Einrichtung des zentralen Mitbestimmungsorgans, das mit einem Antragsrecht und der Befassungspflicht für alle universitären Gremien ver-

bunden sein soll. Bereits jetzt, so die Rektoren, säßen Studierende in so gut wie allen universitären Gremien und wirkten an der Entscheidungsfindung mit. Dies gelte auch für die Verwendung von Studiengebühren.

Ein „Letztentscheidungsrecht“ halten die Rektoren aber nicht für angemessen – ihnen gehen die vorgesehenen Mitwirkungsrechte also in diesem Punkt zu weit. Außerdem weisen sie darauf hin, dass sich an allen Unis zudem individuelle Modelle der studentischen Mitwirkung entwickelt hätten.

„Da werden gewachsene Strukturen kaputt gemacht“, fürchtet der SPD-Abgeordnete Johannes Stober. Das geplante Studierendenparlament widerspreche vielem, was sich vor Ort entwickelt habe. Auch die stellvertretende Grünen-Fraktionschefin Theresia Bauer kritisiert die CDU-FDP-Absichtserklärung scharf und verweist auf die Beschlüsse vieler Universitätsgremien, eine Verfasste Studierendenschaft einzuführen. „Um Minister Frankenberg wird es langsam einsam“, sagt sie mit Blick auf den Widerstand gegen seine Reform der Unikliniken.